

Thailands Elektrizitätswerk rüstet zum Wasser-Krieg

Bauern aus dem Mündungsgebiet des Moon, eines Nebenflusses des Mekong, belagerten bis Mai 1994 wochenlang das Zentrum der staatlichen Macht in Bangkok, den Amtssitz des Premierministers. Dies war keineswegs ihr erster Protest. Seit in ihrer Heimatregion – in der Nordost-Provinz Ubon – der Bau eines gewaltigen Staudamms geplant wird, organisierten sie Petitionen und Demonstrationen, es gab bezahlte Gegendemonstrationen, Straßenblockaden, Schlägereien mit der Polizei, Polemiken in den Zeitungen, vor allem in den staatlich kontrollierten Radio- und Fernsehstationen, und natürlich Strafanzeigen.

Moon-Staudamm: Fanal des Widerstands

Inzwischen ist allen Beteiligten und Beobachtern klar: Die Fertigstellung dieses nach einigem Zögern von der Weltbank bewilligten Staudamms ist nicht mehr aufzuhalten. Der Damm ist zu 90 Prozent gebaut. Bei den neuesten Auseinandersetzungen mit dem Staatsbetrieb EGAT (Electricity Generating Authorities of Thailand) ging es im Mai 1994 nur noch darum, wie hoch die von der Überflutung betroffenen Bauern entschädigt werden und wer zu dieser Entschädigung berechtigt ist.

Trotzdem ist der Widerstand gegen den Moon-Staudamm zum Fanal der populären thailändischen Bewegung gegen das Establishment geworden. Darin sammeln sich Proteste der kritischen Mittelschicht und der benachteiligten, ländlichen Bevölkerung gegen soziale Ungerechtigkeit und ökologische Zerstörung. Die Kämpfe um Wasser (neben den um Landrechte und die Kontrolle über den Wald) werden die sozialen Auseinandersetzungen Thailands vermutlich mehr als irgendeine andere Frage in der nächsten Dekade beschäftigen.

EGAT ist zur primären Zielscheibe in der Kritik der Energiepolitik Thailands geworden, weil sich dieser privatwirtschaftlich funktionierende Betrieb der gleichen Tricks und dubiosen Praktiken bedient, wie Betriebe der einheimischen Wirtschaftsmafia, und dafür noch die Deckung des Staates und den Zugang zum staatlich kontrollierten Radio und Fernsehen hat. Hinzu kommt, daß sich EGAT im Management recht moderner Methoden des Öffentlichkeitsarbeit bedient, denen die einheimischen Widerständler kaum gewachsen sind, wie etwa der geschickten Manipulation der Massenmedien, der frühzeitigen Platzierung von Beobachtern und Sozialwissenschaftlern in den Zielgebieten von Dammprojekten oder der Veranstaltung von Hearings und Pressekonferenzen.

Wasserkrise erreichte Bangkok

Den Kampf um das immer knapper werdende Wasser hat selbst die Bevölkerung Bangkoks, die vom Run ins NIC (Newly Industrializing Country) mehr als genug profitiert, in der jüngsten Trockenzeit eindringlicher denn je gespürt. Die reicheren Einwohner kauften sich Pumpen, mit denen sie das Problem nur noch tröpfelnder Wasserhähne für sich lösten und so weiterhin ihre Rasenflächen grün halten konnten. Andere Einwohner verzichteten auf die Dusche im oberen Stock und zogen sich aufs Erdgeschoss zurück. Die ärmsten Bewohner hatten das Nachsehen, weil sich der allgemeine Wasserdruck zu ihren Lasten noch weiter senkte.

Um sich das Politikum einer Erhöhung des Wasserpreises zu ersparen, ließ die Regierung die Bangkokener Wasserwerke erst einmal alle Löcher, d.h. leckenden Verbindungen und Anschlüsse, stopfen. Sie beschränkte sich vorerst auf Appelle an die Bevölkerung und publizierte eilig die so lobens- und nachahmenswerten Sparmassnahmen der Bangkokener Hotels, die zusammen mit Industriebetrieben 30 % des Bangkokener Wasserbedarfs verschlingen. Vergleichsweise hatten die Einwohner von Bangkok immer noch wenig Grund zu Klagen.

Zweite Reisernte gestrichen

Wenige Kilometer außerhalb von Bangkok war die Lage wesentlich schwieriger. Die sich seit vier Jahren verschärfende Wasserkrise ist für die ländliche Bevölkerung der Zentralebene existenzbedrohend. Da das verbliebene Wasser in den Stauseen vor allem die Elektrizitätsversorgung in den Städten und Industriezonen garantieren muß, ließ die Landwirtschaftsbehörde die Bauern vieler Gegenden wissen, daß die Bewässerung für eine zweite Reisaussaat nicht mehr gesichert sei.

Längst ist also nicht nur der Nordosten zur Dürrezone erklärt. Ein ähnliches Schicksal steht auch Zentralthailand be-

vor, z.B. dem Gebiet von Nakhorn Nayok, Ayuthaya und Prathumthani, wo vor 100 Jahren die kapitalistische Reisproduktion für den Export ins westliche Ausland ihren Anfang nahm. Hier entstand damals ein System von künstlichen Kanälen, das Reisüberschuß garantieren sollte. Aber während der jüngsten Trockenzeit wurde im April 1994 ein grosser Kanal wie der "Khlong 10", rund 90 Kilometer vom Zentrum Bangkoks entfernt, zu einem erbärmlichen schlammigen Rinnsal. Auch traditionelle Gebräuche wie das abendliche Bad fielen dieser "Entwicklung" zum Opfer. Die kleinen Elektropumpen, mit denen sich die Anlieger in Unkosten stürzten, um das schmutzige Wasser über blaue Plastikrohre bis ins Haus zu bringen, versagten, weil sich zu viel Schmutz und verrottete Pflanzen darin ansammelten.

Rein wirtschaftspolitisch gesprochen, lohnt es sich in der Tat nicht, zuviel Geld in die landwirtschaftliche Produktion zu pumpen. Ihr Anteil am Bruttosozialprodukt ist inzwischen auf weniger als ein Drittel gesunken, obwohl noch zwei Drittel der Bevölkerung von der Landwirtschaft lebt. Industrie und der Dienstleistungen, dabei allen voran Tourismus, bringen das große Geld.

Wasserversorgung als plausibles Argument

Die Wasserknappheit in diesem Jahr, die in der öffentlichen Plakatwerbung Prominenz gewonnen hat, ist ein willkommenes Argument der EGAT gegenüber den politisch kritischeren Bewohnern Bangkoks, ihre ambitionösen Pläne weiter voranzutreiben. Ihre Hauptaufgabe ist die Bereitstellung von ausreichender Energie, um die aufstrebende Industrialisierung Thailands zu betreiben, nicht aber die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser. Wassermangel ist aber das propagandistische Argument, das plausibel klingt.

Da Atomenergie bislang politisch nicht durchsetzbar war und Alternativenergie offenbar außerhalb der Vorstellungswelt der EGAT-Planer liegt, konzentriert sich der Kampf um Energiequellen vor allem auf die Flüsse des Nordens, wo sich die Berge zur Absperrung von Wasserläufen für Stauseen am besten eignen.

Die in Thailand in den letzten drei Jahrzehnten gebauten und nach Mitgliedern der königlichen Familie benannten Staudämme erwiesen sich allerdings als zweifelhafte, wenn nicht sogar geschei-

terte Produzenten von Energie und Reservoirs für Nutzwasser.

Der älteste und größte, der Bhumiphol-Damm in der Provinz Tak, war 1964 als Mehrzweckstauwerk fertiggestellt worden. Damals wurde sein Damm als der größte Südasiens und der siebthöchste der Welt gefeiert. Er sollte Strom erzeugen, bewässern, Fischzucht fördern, den Schiffsverkehr erleichtern und das Risiko von Flutkatastrophen des Ping-Flusses vermindern. Die Leistung zur Erzeugung von Elektrizität liegt bei 553.000 KW. Im April 1994, 30 Jahre später, war er aber nur noch zur Hälfte mit Wasser gefüllt. Dafür waren seinerzeit 20.000 Menschen aus 35 Dörfern umgesiedelt und die Niederungen des Ping-Flusses über eine Länge von 207 Kilometern und eine Fläche von 318 Quadratkilometern überflutet worden.

Noch erbärmlicher erging es dem etwas kleineren Sirikit-Staudamm, dessen Turbinen eine Leistung von 375.000 KW bringen können. Heute ist der Stausee nur noch zu einem Drittel gefüllt. An vielen Stellen erscheint einst überflutetes Land an der Oberfläche. Dafür wurden vor mehr als 20 Jahren rund 17.500 Einwohner, acht buddhistische Klöster, 17 Schulen und eine ganze Distriktverwaltung aus einem damals geschätzten Überflutungsgebiet von 250 Quadratkilometern fruchtbaren Reislandes umgesiedelt. Jetzt sind die zwangsumgesiedelten Bauern in einige ehemalige Siedlungen zurückgezogen, halblegal natürlich, weil das Land inzwischen dem Staat gehört.

Seinerzeit herrschte das Militär. Die in autoritär-feudalen Normen gefangenen Bewohner hatten sich dem Diktat von oben gefügt. Aus verschiedenen Dörfern kommend, wurden sie per Los auf die neu parzellierten Grundstücke auf unfruchtbaren Anhöhen um den Stausee verteilt. Ihr soziales Gefüge, die Gebräuche und die Nachbarschaftsbeziehungen wurden zerstört. Allein schon die Namen der neuen Dörfer machen die Entwurzelung deutlich. Ein Dorf im Kreis Tha Pla heißt z.B. "300 Meter", weil es genau 300 Meter von einem Kontrollpunkt entfernt ist. Im Kreis Toi Dao heißen die Umsiedlungsdörfer Parzelle 1, 2 etc. oder Santisuk ("Frieden"). Mehrere dieser Umsiedlungen wurden – das sei nur nebenbei erwähnt – durch deutsche, staatliche Entwicklungshilfe gefördert.

Die meisten der Umgesiedelten haben bis heute noch nicht – 20 bis 30 Jahre später – die ihnen versprochenen Landtitel. Nutznießer waren dagegen Abholzkonzessionäre, die riesige Gewinne mit dem Holz machten, das sie im Überflutungsgebiet schlagen konnten und die heute im Parlament "ihre" Provinzen vertreten.

Da die Bewohner auf den Anhöhen häufig "cash crops" (Handelsfrüchte)

anbauen mußten, wurde weiterer Wald unter den Pflug genommen. Sie wurden so notgedrungen auch schneller ins Marktsystem integriert. Der frühere Fischreichtum ging zurück, weil die Staudämme die Wanderungen der Fische zum Laichen unterbrechen. In den vergangenen drei Jahren, in denen aufgrund des geringen und unregelmäßigen Regensfalls die Einnahmen aus Sojabohnen, Knoblauch oder Mais zurückgingen, verstärkte sich der Exodus der Jugend in die Städte. Die Umsiedlungsgebiete beider Staudämme, Bhumiphol und Sirikit, in den Kreisen Toi Dao (Provinz Chiangmai) und Tha Pla (Provinz Uttaradit) sind als Herkunftsorte von minderjährigen Prostituierten bekannt.

Immer neue Staudamm-Pläne

Der Bhumiphol- und Sirikit-Staudamm dienen daher Umweltschützern und all denen, die die Interessen vertriebener Bauern vertreten, als Paradebeispiel dafür, daß die Energiepolitik der EGAT und die Umweltpolitik der Regierung einer grundlegenden Revision bedürfen. Einsicht scheint aber nicht vorhanden zu sein. Die EGAT hat noch viel gigantischere Stauwerke als den Moon-Damm auf dem Reißbrett. Ihr kommt bei der politischen Durchsetzung dieser Mega-Projekte die gegenwärtige Wasserkrise gerade recht.

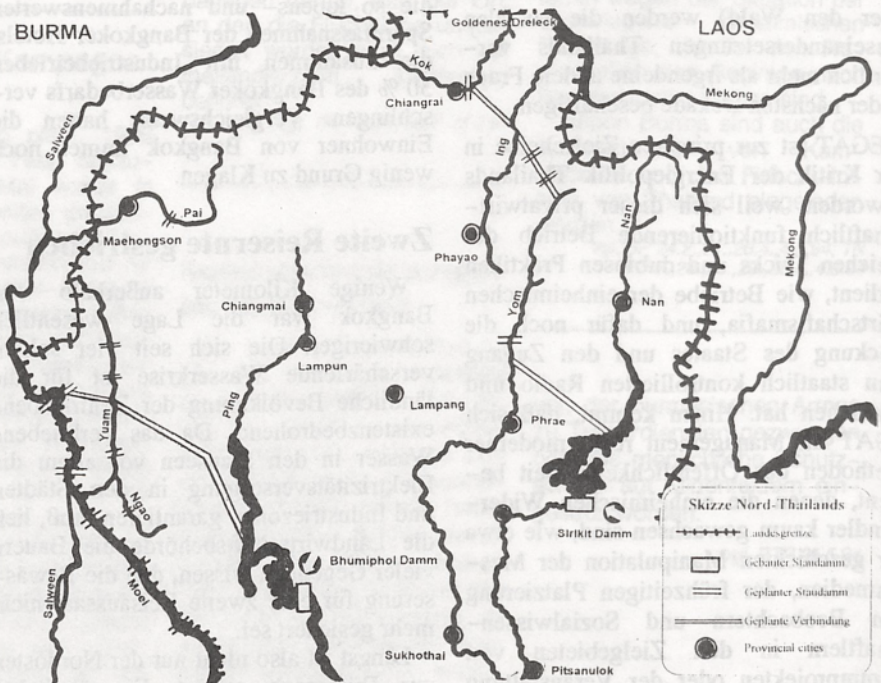
Heute sind Bewohner entlang fast aller Flüsse Nordthailands von großen Staudamm-Plänen bedroht, die die EGAT (und zum kleineren Teil das Royal Irrigation Department) nicht nur auf Kosten der betroffenen lokalen Bevölkerung und der Ökologie durchsetzen will, sondern

die auch den Nachbarländern das Wasser abgraben wird.

Den Norden Thailands flankieren zwei der großen Flüsse Südasiens, nämlich der Salween auf burmesisch-westlicher Seite und der Mekong auf laotisch-östlicher Seite. Um direkte Konflikte mit den Nachbarn zu vermeiden, konzentriert sich die thailändische Planung zur Zeit "nur" darauf, die in Thailand liegenden Nebenflüsse dieser internationalen Gewässer für die Energiegewinnung zu nutzen und sogenanntes "überschüssiges" oder "ungenutztes" Wasser in das thailändische Wassersystem umzuleiten.

Mit Tunnels zum Sirikit-Damm

In Nordthailand sind verschiedene integrierte, miteinander verknüpfte Netzwerke von Wasserwegen und Kraftwerken geplant. Ein Bestandteil davon ist der Kok. Er soll noch in Thailand versilbert werden, bevor sein Wasser – wie es so schön heißt – "ungenutzt" in den Mekong fließt. Dieser nahe der burmesischen Grenze liegende Fluß im höchsten Norden Thailands, den Touristen wegen einer romantischen Bootsfahrt von Tha Ton nach Chiangrai lieben, soll gestaut und zur Elektrizitätsgewinnung verwendet werden. Die aus dem teils wilden Wasser herausragenden gefährlichen Steinblöcke und die an den Ufern liegenden malerischen Bergdörfer, einschließlich des touristisch "aufgemotzten" Dörfchens Ruam Mit, wo die ersten Elefanten-Touren angeboten wurden, werden alle von der Bildfläche verschwinden. Schließlich soll der "Überschuß" an Wasser mit Hilfe verschiedener Techniken, einschließlich Kanäle und



Tunnels, die Wasserscheide der Bergketten überwinden und damit über den Yom in den Nan-Fluß geleitet werden. Das gleiche Verfahren ist für den ebenfalls zum Einzugsgebiet des Mekong gehörenden Ing-Fluß geplant.

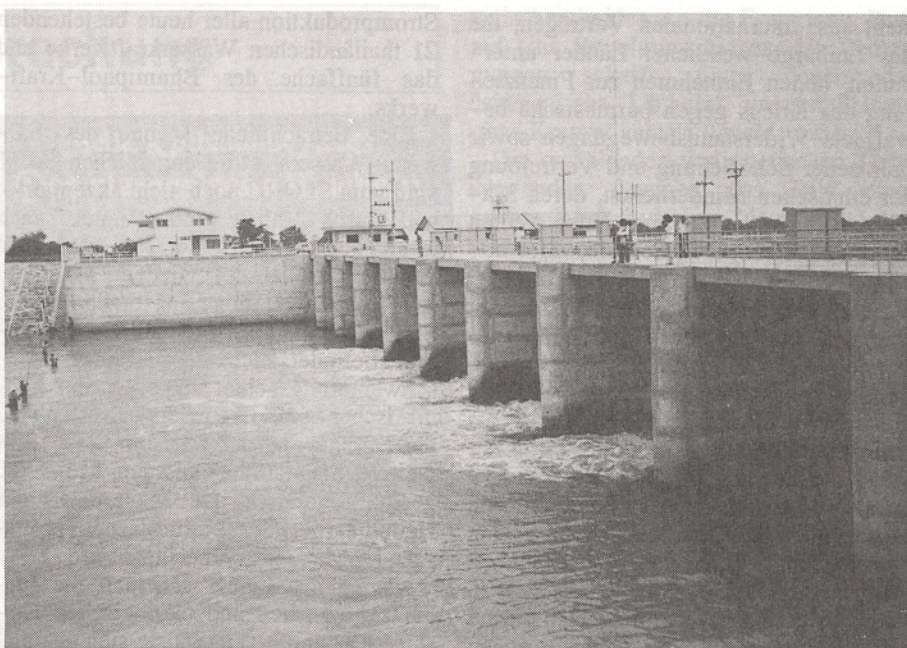
Zur Ableitung der beiden Flüsse in den Nan ist ein weiteres Stauwerk am Yom notwendig. Dadurch werden nicht nur traditionelle bäuerliche Siedlungen, die hier seit 200 Jahren existieren, und Ackerland vieler Dörfer überschwemmt, sondern auch Teile eines Nationalparks vernichtet, in dem sich der größte noch bestehende wilde Teak-Wald Thailands befindet. Schließlich soll die umgeleitete Wassermenge des Kok und Ing, die eigentlich in den Mekong fließt, den Sirikit-Stausee auffüllen und – wie das Argument lautet – die Krise in der Wasserversorgung der Zentralebene und Bangkoks beheben. Die vierte Turbinenanlage am Sirikit-Staudamm soll schon im Bau sein, obwohl es das Wasser dafür noch gar nicht gibt.

Der geplante Standort des Staudamms am Yom ist weithin bekannt. "Keng Sua Ten", wörtlich auf deutsch: die "Stromschnelle, wo die Tiger tanzen". Doch die Tiger, die hier tanzen könnten, sind schon vor vielen Jahren den Wilderern zum Opfer gefallen. Heute ist es eher die lokale Bevölkerung, die sich nicht bändigen läßt. An den Straßeneinfahrten zum Subdistrikt Sa-lab hat sie große Protestschilder gegen den Damm aufgestellt.

Weniger Widerstand im Nordwesten?

Als sich so unerwartet schnell der Widerstand der Bevölkerung am Yom und am Kok-Fluß formierte und die ökologisch orientierten thailändischen NROs gegen diese Pläne zu Feld zogen, gab EGAT vorerst nach und begann sich auf den westlichen Teil Nordthailands zu konzentrieren, also auf Flüsse, die in den nach Burma orientierten Salween oder Möi fließen. Die Zielsetzungen sind die Gleichen: Stauwerke zur Elektrizitätsgewinnung sowie Umleitung von Wasser, das schließlich – in diesem Landesteil – den ebenfalls nicht ausgelasteten Bhumiphol-Stausee auffüllen soll.

Die Hoffnungen der Planer und Politiker, im westlichen Nordthailand weniger Widerstand zu begegnen, sind nicht aus der Luft gegriffen. Deutliche Ausnahme ist höchstens der geplante Damm am Pai-Fluß bei der Kreisstadt Pai in der Provinz Mähongson, die vor 20 Jahren für thailändische Beamte noch als Strafversetzung galt. Pai selbst würde überschwemmt und die Provinz als ganzes müßte schwere ökologischen Schäden hinnehmen. Dies widerspricht den Interessen der lokalen Geschäftsleute, die vor allem vom Naturtourismus profitieren.



Stromschnellen am Kok-Fluß, die beim Dammbau überflutet würden

Foto: R.v. Reuben

Bürgerinitiativen sind bereits aktiv geworden.

Andere Flüsse im dünn besiedelten Grenzgebiet zu Burma sind aber den durchschnittlichen Thais namentlich kaum bekannt, wie der Mä Yuam, Ngao-Fluß oder der Mä Surin. Die Mehrzahl der anliegenden Bewohner können sich nicht wehren. Es sind ethnische Minderheiten, vor allem Karen, die die sozialen und ökologischen Konsequenzen nicht immer durchschauen und oftmals nicht einmal im Besitz eines thailändischen Personalausweises sind. Wenn sie protestieren, droht ihnen die Abschiebung als illegale Einwanderer und Unruhestifter. So kam bislang Protest vom Mä Yuam nur aus einem von ethnischen Thais besiedelten Dorf. Auch die thailändischen NROs sind in diesen entlegenen Gebieten mit Entwicklungsprojekten kaum vertreten und schlechter als die Gegenseite vorbereitet. Tauchen unbekannte Gesichter in den entlegenen Kreisstädtchen auf, so werden sie von Kontaktpersonen der EGAT sofort beschattet und nicht selten bedroht.

Burma das Salween- und Möi-Wasser abgraben

Thailands wirtschaftliche und politische Position in Festland-Südostasien verführt aber auch zu Plänen, die Hauptflüsse, d.h. den Mekong und den Salween, auf Kosten der Nachbarn zu stauen, elektrische Energie zu produzieren und Wasser aus diesen Strömen in das thailändische Flußsystem abzuleiten.

Im Bereich des Mekong ist das bislang nicht möglich, weil hier ein UN-initiiertes, international finanziertes Gremium, das Mekong-Komitee, eine Rolle spielt, in dem neben Thailand auch Laos, Kambodscha und Vietnam gemeinsam

darüber wachen, daß niemand gegen die Interessen der anderen Beteiligten dem Mekong das Wasser abgräbt. Würde der Mekong durch Wasserentnahme nur 20 cm abgesenkt, müßten vor allem Kambodscha und Vietnam große wirtschaftliche und ökologische Schäden hinnehmen. Die Mangroven-Wälder am Mekong-Delta, die Shrimp-Farmen und die Reisfelder würden zerstört bzw. trockengelegt.

An der westlichen Seite Thailands, d.h. im Einzugsbereich des Salween und des Möi-Flusses, gibt es aber nur zwei Partner, die ihre Interessen koordinieren und sich dafür vor keinem internationalen Ausschuß rechtfertigen müssen: Die Militärjunta Burmas (SLORC), die im gegenwärtigen Asien der schwersten Menschenrechtsverletzungen beschuldigt wird, und die thailändische Regierung, die weitgehend von mafiösen Wirtschaftskliquen kontrolliert wird.

Ökologische Flüchtlinge

Falls sich deren Pläne verwirklichen lassen, sind die Hauptleidtragenden vor allem die Menschen, die in den künftigen Überflutungsgebieten wohnen und dadurch ökologische (und politische) Flüchtlinge werden, die politischen Organisationen des Widerstands, vor allem die der ethnischen Minderheiten sowie die künftige (und hoffentlich demokratische) Regierung Burmas, die sich mit der Frage der Rechtsverbindlichkeit der heute ausgekochten Verträge wird herumschlagen müssen.

Der SLORC kann an der Energieproduktion für Burma nicht sonderlich interessiert sein, weil die Industrialisierung des extrem armen Landes längst noch nicht an die Grenzen der bisherigen Kapazität gelangt ist. Er ist vor allem am politischen Gewinn interessiert, der be-

steht aus: internationalen Verträgen, die das Embargo westlicher Länder unterlaufen, hohen Einnahmen zur Finanzierung des Kriegs gegen burmesische bewaffnete Widerstandsbewegungen sowie politischer Schwächung und Vertreibung der ethnischen Minderheiten, deren Manövrierfähigkeit vom dem guten Willen der thailändischen Sicherheitskräfte abhing und jetzt in Frage gestellt wird.

Unter den ausländischen Hilfsorganisationen, die an der Thai-Grenze für burmesische Flüchtlinge tätig sind, herrscht große Sorge, daß der SLORC von der thailändischen Regierung als Konzession gefordert hat, die Politik der stillschweigenden Duldung der Widerstandsgruppen sowie der Aufnahme von Flüchtlingen auf thailändischem Boden einzustellen. Von der Öffentlichkeit weitgehend unbeobachtet halten sich in Thailand 80.000 Flüchtlinge aus Burma auf, die zum Teil von den politischen Organisationen des burmesischen Widerstands beeinflußt werden. Der Druck, den die thailändische Regierung zur Zeit verstärkt auf die Führungen verschiedener Widerstandsbewegungen ausübt, gilt als deutliches Indiz dafür, was sich hinter den Kulissen abgespielt hat. Sie werden dazu bewegt, mit dem SLORC – dem Beispiel der Kachin folgend – einen Waffenstillstand auszuhandeln. Wird ihnen über kurz oder lang die zwangsweise Rücksiedlung nach Burma drohen, wo ihnen politische Verfolgung und materielle Ausplünderung bevorsteht?

Das gefürchtete Szenarium ist nicht aus der Luft gegriffen. In den letzten Monaten wurde die Mehrheit der 8000 Mon-Flüchtlinge von Thai-Behörden gezwungen, an einen Ort zu ziehen, der nur 12 km von einem Militärlager des SLORC entfernt liegt. Die Behauptung der Thai-Behörden, der Ort befände sich in Thailand, wird von anderen Beobachtern und internationalen Karten bestritten. Die Mon, eine der ethnischen Widerstandsgruppen, denen in dieser abhängigen Lage kein deutliches Wort erlaubt ist, sind überzeugt davon, daß sie zum Faustpfand eines weiteren Energieprojektes der thailändischen Regierung geworden sind: Der Gaspipeline aus dem Martaban- oder Yetagan Gasfeld in der burmesischen Andamanen-See nach Thailand. Dies ist allerdings das Projekt einer anderen Behörde, der PTT (Petroleum Authority of Thailand).

Fünf Mal größer als Bhumiphol-Damm

EGAT plant rund acht Staudämme an der thailändisch-burmesischen Grenze, deren Kraftwerke zusammen eine elektrische Leistung von 6400 Megawatt haben sollen. Der mit Abstand größte wird der Upper Salween Damm mit 4540 Megawatt sein. Das ist das Doppelte der

Stromproduktion aller heute bestehenden 21 thailändischen Wasserkraftwerke und das fünffache des Bhumiphol-Kraftwerks.

Eine beträchtliche Menge des Salween-Wassers – die angeblichen 30 % sind vom SLORC noch nicht akzeptiert – soll durch Kanäle und Tunnels nach Thailand abgeleitet werden und den Bhumiphol-Stausee wieder auffüllen. Abgesehen von dem auf thailändischer Seite liegenden Salween-Wildschutzgebiet befindet sich das riesige Überschwemmungsgebiet vor allem auf burmesischer Seite. Besonders betroffen sind der Karen- und der Karenni-Staat. Drei weitere Staudämme sind am Mõi-Fluß geplant, wodurch u.a. Manerplaw, das Hauptquartier des burmesischen politischen Widerstands, überflutet wird.

Keinen der Planer scheinen die immensen sozialen und ökologischen Kosten zu beunruhigen. Da sie sich aus naheliegenden politischen Gründen nicht sehr deutlich äußern, sind die zugänglichen Informationen vor allem für die Projekte an der thai-burmesischen Grenze spärlich. Es gibt thai-burmesische Arbeitsgruppen, die schon Millionenbeträge investiert haben. Es wird verhandelt und geplant. Aber keiner dieser Dämme ist in Angriff genommen.

Wasserbau-Gesellschaft

Die Energiepolitik in Thailand steht in glattem Widerspruch zu der zur Zeit geführten Verfassungsdebatte, die durch den "Schwarzen Mai" von 1992 beschleunigt wurde und auf eine Dezentralisierung der politischen Macht abzielt. Man fordert, daß die Gouverneure aller Provinzen aus allgemeinen Wahlen hervorgehen. Man will die Gemeindeverbände zu Gebietskörperschaften machen und dadurch die lokale Selbstverwaltung und –verantwortung stärken. Bauernverbände und NROs kämpfen darum, daß die Kontrolle der Verfügung über natürliche Ressourcen, wie Land, Wasser und Wald, in die Hände der Bevölkerung zurückverlegt wird.

Die EGAT, die z.T. unabhängig vom Staat operiert, betreibt aber die Zentralisierung der Kontrolle über die Energiequelle Wasser. EGAT projiziert gleichsam eine Neuauflage der "Wasserbau-Gesellschaft". Diese aus dem mittelalterlichen Kambodscha abstrahierte Theorie ist ein Modell der absoluten Autokratie, wo der Staat alle Schleusen kontrolliert, um das Wasser, den Lebensnerv der Völker Südostasiens, fließen oder versiegen zu lassen. Ein Teil von EGATs Verbündeten sind die gleichen Politiker im Parlament, die die Abholzung in Nord-Thailand betrieben haben, die Geschäfte mit dem SLORC machen und die zum "Schwarzen Mai" 1992 auf der Seite der Militärs standen. Ist die Gefahr zu bannen?

Da bislang die Entscheidungen zugunsten fast aller größerer Staudämme unter Militärdiktaturen gefallen sind, herrscht heute die Meinung vor, daß die gegenwärtige Regierung von Chuan Leekpai oder auch eine andere ähnlich parlamentarisch legitime oder populistische Regierung eine so schwerwiegende und widersprüchliche Entscheidung nicht durchsetzen wird und auch nicht kann. Die Zurückhaltung der EGAT bei der Veröffentlichung ihrer Pläne fordert allerdings von den Dammgegnern eine ständige Alarmbereitschaft und ein regelmäßiges Beobachten der Regierung und der Schritte, die die Bürokratie einleitet. Es gibt bisher kein Recht auf Information. Wird der Widerstand schwach, holt die EGAT ihre Pläne unerwartet wieder aus der Schublade.

Die unmittelbaren Träger des Widerstands sind einmal die Betroffenen aus den Zielgebieten der Dämme und die sie unterstützenden entwicklungspolitischen und/oder ökologischen NROs. Sie werden unterstützt von einer in den ersten Anfängen stehenden, organisierten Bauernbewegung, die sich bei Protestaktionen zunehmend politisiert. Mit ihren sozialen und ökologischen Argumenten sympathisiert die liberale Mittelschicht sowie ein beachtlicher Teil der thailändischen Printmedien. Mammut-Projekte in Zusammenarbeit mit dem SLORC werden von der Mehrzahl der westlichen Staaten sowie der dortigen Öffentlichkeit abgelehnt.

Die radioaktive Gefahr

Wenn sie "ihre" Wasserbau Gesellschaft nicht mit legal-demokratischen Mitteln durchsetzen kann, wird für die EGAT vielleicht die Sternstunde kommen. Mit den ökologischen Argumenten der Dammgegner ist das Terrain für die "saubere" Atomenergie politisch vorbereitet. Die Dammgegner sind auf dieses noch gefährlichere Szenario überhaupt nicht vorbereitet. Nur die wenigsten nehmen wahr, daß mit dem Ausland bereits über Atomreaktoren verhandelt wird.

Es gibt noch eine zweite Gefahr: Wenn sich der politische Widerstand durch Protest, Demonstrationen, Petitionen und Gerichtsverfahren so verschärft, daß die bislang sympathisierende öffentliche Meinung umkippt, werden die politischen und wirtschaftlichen Kräfte, die von den großen Plänen profitieren, versuchen, die EGAT-Politik mit undemokratischen Methoden durchzusetzen. Das kann auch heißen: Ein Rückschritt zur Autokratie oder gar zum Militärregime.

Regina von Reuben

Die Autorin lebt und arbeitet seit langem in Thailand und ist freie Mitarbeiterin der Südostasien-Informationsstelle.